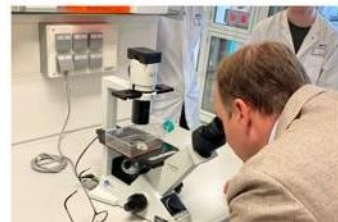




Alexander Föhr
Mitglied des Deutschen Bundestags

Bericht aus Berlin September 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist wie im Flug vergangen. Der Juli und der August waren, neben einer schönen, wenn auch kurzen Auszeit mit meiner Familie, von zahlreichen abwechslungsreichen, interessanten und informativen Terminen quer durch den Wahlkreis geprägt. Nun ist schon wieder die erste Sitzungswoche vorbei. Der Fokus lag bei den Haushaltsberatungen, aber auch das Heizungsgesetz hat uns wieder einmal beschäftigt.

Ich gebe es offen zu, ich hatte gehofft, dass die Ampel die sitzungsfreien Wochen nutzt, um sich zusammenzuraufen und sich endlich weniger mit Streitereien, sondern mit Lösungen beschäftigt – bisher aber Fehlanzeige. Ich hoffe nun sehr, dass dem großen Versprechen des Bundeskanzlers auf einen Deutschlandpakt auch Taten folgen werden. Wir als Union stehen bereit, hier konstruktiv mitzuarbeiten!

Viel Freude beim Lesen!

Ihr

Alexander Föhr



Bildung und Forschung

Haushaltsplan setzt falsche Prioritäten

Im Bereich Bildung und Forschung plant die sogenannte Fortschrittskoalition schmerzhaftes Kürzungen. 1,2 Milliarden Euro weniger stehen nach dem Haushaltsentwurf für diesen Bereich im nächsten Jahr zur Verfügung. Berücksichtigen wir dann noch die Inflation, wird klar, dass Investitionen in die Zukunft bei der Ampelregierung keine Priorität haben.

Am kräftigsten gespart wird beim BAföG, also den jungen klugen Köpfen von morgen. Die geplanten Ausgaben orientierten sich zwar auf den ersten Blick an wissenschaftlichen Prognosen, sind in Wirklichkeit aber höchst problematisch. Zum einen werden die Kürzungen die „große“, von der Koalition selbst angekündigte BAföG-Reform verhindern, zum anderen wird keine Vorsorge für notwendige Anhebungen der Bedarfs- und Fördersätze im Jahr 2024 getroffen.

Dramatisch sind auch die Kürzungen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Alexander-von-Humboldt Stiftung (AvH). Der DAAD sorgt nicht nur für die internationale Vernetzung der deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, sondern kann auch einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Der AvH ist es in der Vergangenheit bravourös gelungen, Topwissenschaftler nach Deutschland zu holen und damit unser Land als Wissenschafts- und Forschungsstandort zu stärken. Im Koalitionsvertrag wurden DAAD und AvH eine jährliche Mittelerrhöhung von drei Prozent zugesichert. Statt dieses Versprechen einzuhalten, wird nun gekürzt. In Zeiten eines globalen Technologie- und Systemwettbewerbs schwächt die Ampel damit zwei erfolgreiche und hoch angesehene Institutionen. In meinen Augen ist das ein völlig falsches Signal an das In- und Ausland.

Die aktuelle Haushaltslage zwingt uns dazu, klug mit den Mitteln umzugehen. Auch wir als Union wären nicht ohne Sparmaßnahmen durchgekommen. Aber wir hätten zweifelsohne die Prioritäten besser gesetzt.



Streit ums Heizungsgesetz

Ampel setzt auf Verbote, Bürokratie und staatliche Vorgaben

Nach der Sommerpause ist vor der Sommerpause – zumindest was das Gebäudeenergiegesetz betrifft. In meinem letzten Newsletter vom Juli hatte ich darüber berichtet, dass das Bundesverfassungsgericht das Durchdrücken des Heizungsgesetzes durch die Ampel auf einstweiligen Antrag meines Parteikollegen Thomas Heilmann völlig zurecht zunächst gestoppt hat. Doch ohne Rücksicht setzt die Koalition ihren engstirnigen Kurs fort und will das Gesetz am Freitagnachmittag im Plenum durchwinken – und das ohne wesentliche Änderungen bezüglich des massiven Eingriffs in privates Eigentumsrecht. Das zeigt nicht nur, dass die Ampel aus ihren inhaltlichen und handwerklichen Fehlern nichts gelernt hat oder schlicht nicht lernen will, sondern offenbart auch ein erschreckendes Verständnis von Demokratie und Eigentumsfreiheit. Das Gesetz nun ohne neue Beratung im Bundestag durchzudrücken, ist arrogant und respektlos. Nicht nur wir als Union sind gegen das Gesetz, rund 80 Prozent der Deutschen und die befragten Experten lehnen es ebenfalls ab.

Daneben sehe ich inhaltlich weiterhin erheblichen, vor allem auch verfassungsrechtlichen, Klärungsbedarf. Das Gesetz macht den zweiten Schritt vor dem ersten, viel zu viele Fragen bleiben ungeklärt. So fehlt beispielsweise die Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung. Auf dem Weg zur Klimaneutralität braucht es aber Verlässlichkeit, Förderungsanreize, ein Konzept zur schrittweisen Weiterentwicklung der CO₂-Bepreisung und ein Ermöglichungspaket zur technologieoffenen Mobilisierung aller Potenziale. Insbesondere das im Gesetzesentwurf anvisierte Verbot von Öl- und Gasheizungen bei Bestandsbauten greift massiv in private Eigentumsrechte ein und kommt einer indirekten Enteignung gleich. Ein neuer Anlauf in der Sache ist notwendig, denn für die betroffenen Immobilienbesitzer ist das Vorhaben eine Bedrohung und Unwägbarkeit.

Wir wollen und werden daher nicht warten, bis in der neuen Legislaturperiode eine unionsgeführte Regierung das Gesetz zurücknehmen kann, sondern werden die Möglichkeiten unseres Rechtsstaates ausschöpfen, um die Ampel in die Schranken zu weisen.



„Deutschland-Pakt“ Im Kanzleramt nichts Neues

Wir leben in politischen Ausnahmezeiten. Es geht um das große Ganze: Die Zukunft unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Freiheit in Europa. In diesen besonderen Zeiten kommen der Bundesregierung zwei herausragend wichtige Aufgaben zu: Sie muss nach außen die Freiheit Deutschlands sichern, und sie muss im Inneren den Wohlstand unseres Landes erhalten. Der vorliegende Vorschlag für einen „Deutschland-Pakt“ wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht.

Den blumigen Aussagen des Bundeskanzlers in der Generaldebatte am Mittwoch (06.09.23) für einen „Pakt“ stellen wir als Unionsfraktion ein konkretes Maßnahmenbündel entgegen: Deutschland braucht ein Belastungsmoratorium, also einen sofortigen Stopp aller die Wirtschaftsaktivität drosselnden Gesetze. Privathaushalte und Unternehmen benötigen günstigere Energie. Das geht nur durch eine Ausweitung des Angebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen darf 25 Prozent nicht überschreiten. Der Soli gehört abgeschafft. Im Bereich Bauen und Wohnen brauchen wir eine Förderung des Wohnungsbaus durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und verlässliche und auskömmlich finanzierte Förderprogramme.

Als konstruktive Opposition stehen wir jederzeit für Gespräche zur Verfügung, um die richtigen politischen Entscheidungen für Deutschland zu treffen. Wir werden daher bereits in der nächsten Sitzungswoche eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Abstimmung stellen. Auch werden wir Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik zur Abstimmung stellen, die der Bundeskanzler bereits mit den Ministerpräsidenten vereinbart, aber immer noch nicht umgesetzt hat. Dann wird sich zeigen, wie ernst es die Ampel mit dem Angebot zur Zusammenarbeit meint.



Politik der Ampel

Von Aufbruchstimmung keine Spur

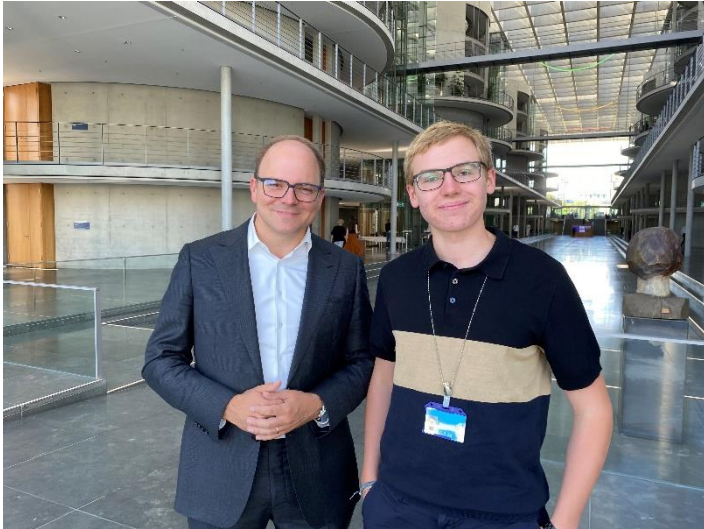
Die neue Bundesliga-Saison hat gerade erst begonnen, doch der erste Absteiger steht bereits fest: Unser Land. Mit Deutschland geht es bergab – der Ampel sei Dank. Die selbsternannte Fortschrittskoalition ist längst zur Abstiegskoalition mutiert. Die Bundesregierung schaut tatenlos zu, wie Deutschland wirtschaftlich nach hinten durchgereicht wird. Aber statt gegen die vielfältigen Krisen und Probleme in unserem Land, kämpft in der Ampel jeder gegen jeden. Dabei hat die Chaos-Koalition mehr als genügend Baustellen geschaffen, die es zu bewerkstelligen gilt: So hat Deutschland derzeit als einziges Industrieland weltweit eine schrumpfende Wirtschaftsleistung, hinzu kommt die Inflation und wir befinden uns wieder mal in einer großen Migrationskrise. Von den Problemen bei der Bewältigung der Klimakrise und dem Zustand der Bundeswehr ganz zu schweigen. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar letzten Jahres versprochene Zeitenwende ist eingetreten – doch die Zeiten haben sich gänzlich zum Schlechten gewendet.

Nicht nur ich bin diese Entwicklung leid, die Bürgerinnen und Bürger sind es auch. 83 Prozent der Deutschen sind laut aktuellem ZDF-Politbarometer der Meinung, dass die Regierung bei der Lösung der Probleme nicht vorankommt. Und fast 60 Prozent sagen zudem, dass die Ampel ihre Arbeit auch insgesamt schlecht mache.

Wir brauchen endlich Lösungen statt Streitereien. Dafür gilt es, Bürger und Unternehmen zu entlasten. Kosten runter und Leistung rauf heißt die Devise, um eine wirtschaftspolitische Wende herbeizuführen. Wir müssen den Fokus wieder auf das Fordern und Fördern setzen, statt soziale Leistungen mit der Rot-Gelb-Grünen-Gießkanne zu verteilen. Um Arbeit attraktiv zu machen, gilt es daher strukturell anzusetzen und vor allem auch in die Bildung zu investieren. Schließlich geht es um die Funktionsfähigkeit unseres Staates. Ein an den Problemen Vorbeischauchen in Kanzler-Manier bringt uns nicht weiter.



Wochenrückblick aus der Sicht eines Praktikanten:



Hallo, ich bin Valentin, ein 17-jähriger Schüler aus dem Wahlkreis von Herrn Föhr. Zusammen mit einem weiteren Mitpraktikanten darf ich Herrn Föhr im Rahmen eines berufsorientierenden Praktikums für zwei Wochen unterstützen. In diesem Beitrag berichte ich über meine Erfahrungen aus dem Bundestag von der Arbeit eines Praktikanten bis zu den imposanten Tunnelsystemen des

Bundestages, die meinem Mitpraktikanten und mir schon des Öfteren zum Verhängnis wurden.

Wer sich denkt, dass ein Praktikant im Büro Föhr nur Visitenkarten faltet und Kaffee kocht, der wird sich ordentlich die Hände verbrennen. Gleich unsere ersten Aufgaben zum Wochenstart am Montag (Recherchearbeiten zum 6G-Netz sowie die Kontaktaufnahme mit möglichen Experten) gaben uns das Gefühl einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Am nächsten Tag fanden wir uns im Fraktionssaal der CDU/CSU ein, wo wir einer Einführung in das von Altbundestagspräsident Wolfgang Schäuble gegründete CDU-Praktikantenprogramm beiwohnen durften. Ein Programm, das von Führungen durch das Bundeskanzleramt bis hin zu Diskussionsrunden mit Politikern wie Wolfgang Schäuble selbst oder Friedrich Merz alles abdeckt, was sich ein Praktikant wünschen kann.

Die Diskussion mit Wolfgang Schäuble fand direkt am nächsten Tag statt und der Politiker nahm sich gleich zwei Stunden Zeit, um geduldig alle Fragen der Praktikanten zu beantworten sowie die eine oder andere Anekdote aus vorherigen Jahren zu erzählen.

Andere Highlights der Woche waren ein Besuch der CDU/CSU-Arbeitsgruppe des Ausschusses für Bildung und Forschung, die Teilnahme an einer Plenarsitzung oder auch die tägliche und vielseitige Arbeit in Herrn Föhrs Büro, wie zum Beispiel die Vorbereitung eines informativen Instagram-Reels über die derzeitige Haushaltswoche. All das hat meinen Wunsch, eines Tages in der Politik tätig zu sein, nochmals verstärkt.

Zum Abschluss kann ich nur jedem Politikinteressierten dazu raten, sich auf ein Praktikum im Bundestag zu bewerben. Die Eindrücke, die man in ein paar Wochen in einer Welt sammelt, die einem sonst nur durch das Auge der Presse offensteht, sind einfach nur als grandios zu beschreiben.



Sommertour 2023

Es wäre eine Fehlannahme zu glauben, der politische Betrieb stünde in der „Sommerpause“ komplett still. Es finden zwar keine Sitzungen des Deutschen Bundestages statt, aber so bleibt mehr Zeit für den Wahlkreis. Mein Kalender war dann bis auf den kurzen Urlaub mit meiner Familie auch komplett voll. Meine Sommertour hat mich durch den gesamten Wahlkreis geführt und hielt ein breites Spektrum an Themen parat.

So habe ich beispielsweise gemeinsam mit Andreas Jung MdB eine Veranstaltung zum Thema Wärmewende in Schriesheim durchgeführt, ein Praktikum auf der Fähre zwischen Edingen-Neckarhausen und Ladenburg absolviert, mehrere Fachgespräche im Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) geführt und eine Biogasanlage in Oberflockenbach besichtigt. Ich durfte bei der Tafel in Weinheim mit anpacken, ein mittelständiges Recyclingunternehmen besuchen und habe mir immer wieder die Zeit für Gespräche mit den Menschen im Wahlkreis genommen: am Telefon, persönlich unter vier Augen oder per E-Mail. Eins hat in unserer Region natürlich auch nicht gefehlt: die Kerwen und Straßenfeste. Während meiner Sommertour konnte ich an den Kerweeröffnungen in Neckarhausen, Laudenbach, Schriesheim, Rohrbach, Hemsbach, Neuenheim und Ilvesheim teilnehmen. Nicht nur, dass ich die Atmosphäre dort einfach mag, es ist auch eine prima Gelegenheit, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Sie sehen, der Sommer war für mich zwar eine „sitzungsfreie Zeit“, aber alles andere als eine Pause. Mehr Eindrücke von meiner Sommertour finden Sie auf meinen Kanälen auf Instagram und Facebook. Schauen Sie gern vorbei.



Termine, Termine, Termine...

Alexander Föhr, MdB

Yannick Bury, MdB

Inflation, Konjunktur und Investitionskrise
Nachhaltige Finanzpolitik für Deutschland und Europa

11. September 19:00 Uhr

Qube Bahnstadt, Grüne Meile 21

CDU

Auf einen Termin am kommenden Montag möchte ich explizit hinweisen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Yannick Bury kommt zu uns in den Wahlkreis. Unter der Überschrift **„Inflation, Konjunktur und Investitionskrise: Nachhaltige Finanzpolitik für Deutschland und Europa“** wird der studierte Volkswirt und langjährige Mitarbeiter von Prof. Dr. Lars Feld eine kurze Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zeichnen, bevor er Wege und Möglichkeiten aus der Krise diskutieren wird. Die Veranstaltung findet am **Montag, den 11. September, ab 19 Uhr im Qube Bahnstadt (Grüne Meile 21)** statt.

Am Samstag, den 9. September, nehme ich zudem an der Tour durch die Flur der CDU Heddesheim teil. Neben zahlreichen Gesprächsterminen bei Unternehmen und Verbänden nächste Woche werde ich an den beiden kommenden Wochenenden auch wieder viele Kerwen und Feste besuchen. Am 16. September arbeite ich ab 16:00 Uhr am Stand bei der Kerwe in Dossenheim. Ich freue mich schon darauf, den einen oder anderen von Ihnen bei einem der zahlreichen Termine zu treffen.



Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter beziehen möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080